

MACHT MIT!

1. Holt Euch die Unterschriftenlisten (an einem der Infopunkte) und registriert Euch auf der Homepage, um alle aktuellen Infos zu bekommen und um andere Aktive in eurer Umgebung kennenzulernen.
2. Kommt zu unserem Aktiven-Treffen **dienstags um 18 Uhr**. Dort planen wir gemeinsame Sammelaktivitäten und Aktionen rund um den Volksentscheid. Ab 17 Uhr gibt es eine Einführung in Gesetz und Kampagne für alle Neuen. Der Ort wird auf unserer Website bekanntgegeben.
3. Lokal aktiv werden! In einigen Bezirken gibt es bereits lokale Kiezgruppen - auf unserer Homepage findet Ihr eine Übersicht. Dort findet Ihr auch alle Informationen, falls Ihr eine eigene Volksentscheid-Kiezgruppe gründen wollt.

KONTAKT UND ALLE WICHTIGEN INFORMATIONEN AUF UNSERER WEBSEITE

www.mietenvolksentscheidberlin.de

Email: info@mietenvolksentscheidberlin.de

facebook.com/mietenvolksentscheidberlin

twitter.com/mietenVEberlin

SPENDEN

Berliner Bankenluft e.V.

Kontonummer: 1167751901

BLZ: 43060967 (GLS Bank)

IBAN: DE11430609671167751901

BIC: GENODEM1GLS

Verwendungszweck:

Mietenvolksentscheid

NETZWERK
der politische Förderfonds
www.netzwerk-aktivhilfe.de

WWW.MIETENVOLKSENTSCHEIDBERLIN.DE

V.i.S.d.P.: Martin Richter, Mietenvolksentscheid, Warschauer Straße 23, 10243 Berlin



**BERLINER
MIETEN
VOLKSENTSCHEID
2016**

ENTSCHEIDE MIT!

**ENTSCHEIDE
MIT!**

WAS TUN!

Mit dem Berliner Mietenvolksentscheid kann ganz Berlin über ein Gesetz für bezahlbare Mieten in dieser Stadt abstimmen.

Bis 2016 können sich alle in drei Stufen beteiligen:

1. Sammeln von 20.000 gültigen Unterschriften bis Ende Mai 2015 zur Einleitung eines Volksbegehrens.
2. Sammeln von 175.000 gültigen Unterschriften ab Januar 2016 zur Einleitung des Volksentscheides.
3. Abstimmung über den Volksentscheid im September 2016 zur Berliner Abgeordnetenhauswahl.

BERLINER WOHNUNGSNOT

Es gibt 1.6 Millionen Mietwohnungen in Berlin. Davon gehören knapp 300.000 landeseigenen Wohnungsgesellschaften. 140.000 Wohnungen sind im geförderten Sozialen Wohnungsbau, davon 36.000 landeseigene. Damit liegen noch rund 400.000 Wohnungen unter städtischem Einfluss – ein Viertel!

Seit 2009 sind die Mieten in ganz Berlin um 46% gestiegen. Kündigungen und Zwangsräumungen sind an der Tagesordnung.

Alle an den Regierungen beteiligten Parteien haben seit den 1990er Jahren die Wohnungsnot mit verursacht:

- 220.000 landeseigene Wohnungen wurden privatisiert.
- Im Jahr 2002 wurde die Förderung für die Modernisierung von preiswerten Altbauten eingestellt.
- 2003 wurde der Soziale Wohnungsbau abgeschafft. Die Mieten dort liegen über dem Mietspiegel und sind für untere Einkommen nicht mehr bezahlbar. Jährlich gehen davon etwa 4.000 Bindungen verloren.

- Die Umwandlung von Miet- in Eigentums- und Ferienwohnungen hat sich in 3 Jahren auf 10.000 pro Jahr verdoppelt.

In Berlin fehlen 2015 mehr als 120.000 preisgünstige Wohnungen.

Deswegen organisieren sich Berliner Mieterinnen und Mieter zunehmend selbst in Initiativen.

WAS MACHT DIE POLITIK?

Der Senat setzt auf private Investoren und die gewinnorientierten städtischen Wohnungsgesellschaften, anstatt die fehlenden preiswerten Wohnungen zu schaffen. Ein paar zaghafte Schritte senken den Marktdruck nicht:

- Eine Umwandlungsverordnung in sehr wenigen Wohngebieten
- Ein „Bündnis“ mit den eigenen Wohnungsgesellschaften
- Teurer Neubau ab 6,50 € pro Quadratmeter

Der verfassungsmäßige Auftrag, die Bevölkerung und insbesondere Menschen mit geringem Einkommen mit günstigem Wohnraum zu versorgen, wird ignoriert.

WOHNUNGSPOLITIK SELBER MACHEN

Deshalb bringen wir jetzt gemeinsam ein Gesetz auf den Weg, das dazu beiträgt, die Berliner Bevölkerung mit bezahlbarem Wohnraum zu versorgen. Parteienunabhängig, selbstorganisiert und basisdemokratisch.

Wir fordern deshalb: Auch Berlinerinnen und Berliner ohne deutschen Pass sollten mitwählen dürfen!

ZUR ABSTIMMUNG STEHT:

Das „**Gesetz über die Neuausrichtung der sozialen Wohnraumversorgung in Berlin**“

WAS KANN DAS GESETZ?

Erhalt und Schaffung von preiswertem Wohnraum durch:

- ✗ Errichtung eines **Wohnraumförderfonds**
- ✗ Einkommensorientierte **Mietpreissenkung in öffentlich geförderten Wohnungen**
- ✗ Förderung von **Neubau mit niedrigen Mieten**
- ✗ **Modernisierungsförderung** für Barrierefreiheit und Energieeinsparung **ohne drastische Mietsteigerung**
- ✗ **Neuausrichtung der städtischen Wohnungsunternehmen** als Anstalten öffentlichen Rechts
- ✗ **Mieterfreundlich, gemeinwohlorientiert, ohne Gewinnausschüttung**
- ✗ **Mitbestimmung der Mieterinnen und Mieter**
- ✗ **Ankauf von Sozialwohnungsbeständen**

WIR WOLLEN MEHR

Der Mietenvolksentscheid ist ein Schritt auf dem Weg zu einer sozialen, demokratischen und ökologischen Stadt.

Wir werden bei diesem Schritt nicht stehen bleiben.

Wir wollen den Ausverkauf unserer Stadt aufhalten.

Wir werden unsere Stadt nicht länger der Politik und der Immobilienwirtschaft überlassen.

Seid dabei – werdet selber aktiv – sammelt Unterschriften – sprecht mit Euren Nachbarn und Nachbarinnen darüber.